

berechtigung der Frau. Die Arbeitsgruppe wandte auch der Aufklärung über die Menschenrechte und ihrer Sicherung ihre Aufmerksamkeit zu. Den Kirchen wurde eine wichtige Rolle in der *Bewußtmachung der Menschenrechte* und im *Kampf gegen ihre dauernde Verletzung* zugeschrieben.

### *Erziehung zum Frieden*

Endlich widmete die Studientagung ihr Interesse der „*Erziehung zum Frieden*“. Prof. J. Ruiz-Giménez, (Madrid) früherer spanischer Erziehungsminister, nannte im Referat „*Erziehung zur Weltgemeinschaft*“ als Ziele einer solchen Erziehungsarbeit die Wissensbildung zur Verwerfung des Krieges; die Schaffung der Überzeugung, daß die Menschheitsprobleme nicht auf nationaler Ebene gelöst werden können; die Anregung des Einsatzes für die politische Weltgemeinschaft. Er zeigte Hindernisse auf dem Weg zu diesen Zielen und Möglichkeiten, sie zu überwinden. P. R. Mooney (Kanada) untersuchte im Referat „*Jugendaktion für den Weltfrieden*“ die Möglichkeiten einer solchen Aktion im Rahmen der christlichen Kirchen. — Die Arbeitsgruppe, die von J. M. Lawson (USA) geleitet wurde, hielt sich an die Erkenntnis, daß der *Friede* nicht in der Bewahrung der

bestehenden Ordnung besteht, sondern in der Schaffung der *Gerechtigkeit für alle Menschen*. Die christlichen Kirchen müßten, um zu solchem Frieden erziehen zu können, ihre Erziehungsmethoden verbessern. Die Arbeitsgruppe machte folgende Hauptvorschläge: 1. SODEPAX und die dahinterstehenden Kirchen sollen Studien und Forschungen auf dem Gebiet der Entwicklung und des Friedens durchführen. 2. Jährlich soll eine „Woche der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens“ abgehalten werden. 3. Wo ernste Konflikte ausbrechen, sollen internationale christliche Kommissionen zu ihrer Untersuchung errichtet werden. 4. SODEPAX soll Konferenzen über internationale Probleme des Friedens und der Gerechtigkeit und ihre Bedeutung für konkrete menschliche Gemeinschaften auf regionaler Ebene für Frauen in führenden Stellungen veranstalten, damit diese befähigt werden, zur Friedenserziehung in ihren Familien und Gemeinschaften beizutragen.

Von diesen Vorschlägen abgesehen, blieb es bei breiter, wenn auch noch etwas in den Kinderschuhen stekender Reflexion, die zeigte, daß SODEPAX erst am Anfang seines Weges steht. In die Ergebnisse der Studientagung sollen in Genf alle vorgebrachten Anregungen eingearbeitet werden.

## *Die Konfessionskrise der EKD vor ihrer Lösung?*

Mit der Wahl des lutherischen Bischofs von Hamburg, H. O. Wölber, in den Rat der EKD, aus dem er im März dieses Jahres wieder ausschied (epd, 16. 3. 70), begann eine neue dynamische Phase, um die chronische Konfessionskrise der EKD, die Polarisierung von Lutheranern und Unierten, endlich zu bereinigen, auch für das ökumenische Gespräch ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Es ist das Verdienst von Wölber, daß er sich dieses Ziel gesetzt hat und es hartnäckig, trotz aller Hemmungen und Umwege, verfolgt. Der erste Schritt zur Lösung wurde getan, als am 23. März 1970 die erste Vollversammlung der gemeinsamen theologischen Kommission in Berlin zusammentrat, um die von Wölber mehrfach angeregte „gemeinsame Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit“ auszuarbeiten. Mitglieder der

Kommission sind je sechs von der VELKD und von der „Arnoldshainer Konferenz“ (der Unierten) benannte Theologen, an der Spitze der lutherischen Mitglieder Bischof Wölber, Repräsentant der Arnoldshainer Konferenz, der badische Landesbischof H. W. Heidland, der unlängst an Stelle von Präses J. Beckmann zum Vorsitzenden gewählt wurde (epd, 25. 3. 70). Über Inhalt und Ende der Beratungen wurde nichts verlautet. Sicher ist nur, daß die Kommission an mehreren Tagen eines Monats zusammentritt und daß man Ende des Sommers, jedenfalls vor Ende dieses Jahres mit einem positiven Ergebnis rechnet. Es wird diejenigen Glaubensfragen feststellen, in denen volle Übereinstimmung zwischen Lutheranern und Unierten besteht.

Freilich könnte diese Nachricht nach

den Erfahrungen der letzten fast 40 Jahre, von den Mißverständnissen bei Beginn des Kirchenkampfes 1933 an gerechnet, besonders aber seit der vorzeitigen Konsolidierung der VELKD im Juli 1948 mit ihren bisher vergeblichen Versuchen, eine *lutherische Kirche* vorzubereiten, einige Skepsis aufkommen lassen. Doch wäre das ganz fehl am Platze und würde jeden geschichtlichen Sinn vermissen lassen. In vieler Hinsicht ist eine völlig neue Lage eingetreten. Nicht nur, daß die VELKD ebenso wie die EKD durch die Staatsgrenzen der DDR auseinandergerissen sind und die Kirchen der DDR drüben einen analogen Versuch der Vereinigung unternehmen (epd, 24. 3. 70; vgl. ds. Heft, S. 243). Es ist auch eine neue Generation an die Führung gelangt, die „alten Kämpfer“ der „Bekennenden Kirche“ sind im Zurücktreten. Diese mit den Querelen des Kirchenkampfes nicht belastete Generation ist entschlossen, eine Lösung zu finden, um so mehr, als sie bereits im gesamteuropäischen Rahmen und in den USA zwischen dem Lutherischen und dem Reformierten Weltbund weitgehend erreicht ist (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 115 f.). Man kann das hierzulande nicht länger ignorieren und will es auch nicht. Kommt hinzu, daß die Herausforderung des Säkularismus ohnehin eine prinzipielle Neubesinnung konfessioneller Positionen erfordert, eben das Ziel von Bischof Wölber.

Allerdings ist da ein deutsches *Spezifikum* zu beachten, das in dem erwähnten internationalen Rahmen eine untergeordnete Rolle spielt, nämlich die aus der innerdeutschen Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus erwachsene „politische Theologie“. Sie hat sich seit der „Barmer Theologischen Erklärung“ von 1934 und vor allem seit den ersten Synoden der EKD bis in die neuesten Denkschriften zu Fragen der politischen Verantwortung als ein Element kalvinischen Radikalismus ausgewirkt und dadurch die eigentlich schon überholte lutherische Zweireiche-Lehre provoziert und zu neuem Leben erweckt. Wer wie die Reformierten unter Inspiration von Karl Barth das Evangelium auch zum Gesetz des christlichen Lebens, ja sogar der Bürgergemeinde macht, fordert den lutherischen Protest der Rechtfertigungslehre unnötig heraus, und die Polarisierung ist da.

## Abzubauenende Polarisierungen

Diesen Konflikt hatte Bischof Wölber im Sinn, als er, seit 1967 um die konfessionelle Öffnung der VELKD bemüht, zugleich eine Besinnung über das *gesellschaftspolitische Engagement* der EKD für geboten erklärte. Es kam Wölber gelegen, daß er von der lutherischen Generalsynode im Mai 1969 zum Leitenden Bischof der VELKD gewählt wurde. Aber ein halbes Jahr später wagte er sich auf der Generalsynode von Tutzing im Oktober 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 504f.) etwas zu früh und ohne ausreichende Absprache mit der Arnoldshainer Konferenz mit seinem Plan einer Generalbereinigung des konfessionellen Problems innerhalb der EKD heraus in Gestalt seiner restaurativ mißzuverstehenden Idee einer „Deutschen Evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession“. Er dachte wohl nicht im Sinne analoger Pläne von 1933, er hatte die Glaubenskrisen von heute und morgen im Auge, aber die Kritik traf ihn von beiden Seiten. Während Präses J. Beckmann ihn in einem Brief auf die fortschreitenden Ergebnisse der Arnoldshainer Konferenz zur Überwindung des Gegensatzes in der Abendmahlsfrage hinweisen ließ, ging der lutherische Bischof von Lübeck, H. Meyer, so weit, ihm Verrat an der VELKD vorzuwerfen. Das war ein reinigendes Durchgangsstadium, um zu den Prozeduren dieses Frühjahrs zu gelangen.

Der gemeinsamen Sitzung der Theologischen Kommission war in Schönberg (Taunus) eine zweitägige Sitzung der Arnoldshainer Konferenz vorausgegangen. Prof. M. Fischer, Berlin, erklärte danach dem Evangelischen Pressedienst (23. 3. 70), man wolle mit der geplanten „Gemeinsamen Erklärung“ die theologische Basis für eine durchgreifende Erneuerung der EKD schaffen. Ihre zentralen Organe, soweit sie noch für die BRD amten, sollen gestärkt werden. Man denke jedoch nicht an Gleichmacherei, sondern an eine „gegliederte Einheit“ nach Art der VELKD bzw. der Arnoldshainer Konferenz. Diese Frage ist insoweit drängend, als demnächst die Synode der EKD die Folgerungen aus der Lostrennung der Kirchen in der DDR zu ziehen hat. Günstig für die in Aussicht genommene Koordination mag sein, daß als erste Lutherische Landeskirche Oldenburg unter Füh-

rung von Bischof H. H. Harms der Arnoldshainer Konferenz beigetreten ist und die Evangelische Landeskirche von Württemberg Gästestatus erworben hat. Nun ist allerdings zu bedenken, daß diese beiden Landeskirchen auch schon früher nur bedingt der VELKD zugehörten. Eine Wolke am Horizont ist, daß das Projekt einer *Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 92) noch nicht, wie erhofft, alle Hürden der Landessynoden der zu vereinigenden Kirchen passiert hat. Von hier aus erwächst möglicherweise Bischof Wölber und seinem zeitgemäßen Plan unbelehrbarer Widerstand konservativer Kräfte. Er mag das vorausgesehen haben, so daß er seine ganze Kraft der neuen Planung widmen muß, und hat deshalb Mitte März seinen Sitz im Rat der EKD abgegeben, vielleicht auch aus einer taktischen Überlegung, daß ein *künftiger Rat* der wie auch immer genannten Evangelischen Kirche etwas völlig Neues darstellen werde, so daß er die neue Position besser von außen her bestimmen und gewinnen könnte, möglicherweise nach dem zu erwartenden Rücktritt von Bischof K. Scharf, der zur Zeit Landesbischof Dietzfelbinger als Ratsvorsitzender vertritt und der typische Repräsentant der „Bekennenden Kirche“ geblieben ist. Es ist kaum anzunehmen, daß seine Erfahrungen mit den Lu-

theranern ihm neue Erkenntnisse und eine neue Zuversicht abnötigen werden. So spielt bei der angestrebten Lösung der Faktor Zeit — wie auch anderwärts — eine nicht unbeträchtliche Rolle. Man wird auch damit zu rechnen haben, daß die sog. Extreme rechts wie links von der Koordinierung abspringen und noch eine Zeitlang eine Splitterexistenz führen werden.

## Eine Bundeskirche

Jedenfalls, Bischof Wölber hat für den kirchlichen Protestantismus in der BRD die Existenzfrage gestellt, und es ist anzunehmen, daß er im Angesicht der „Zeichen der Zeit“ das ebenso leidige wie allmählich langweilige konfessionelle Problem in der evangelischen Kirche aus der Welt schaffen wird. Sein Verhandlungspartner, Landesbischof Heidland, ließ auf der Frühjahrssynode der Evangelischen Kirche in Baden durchblicken, man sei fest entschlossen, die veralteten Landeskirchen dynastischer Herkunft nicht wieder aufleben zu lassen. Das Drängen nach vorn komme aus der Unruhe, „die Stunde der Einheit der Kirche zu verpassen“. Ihm schwebt daher eine *Bundeskirche* vor mit starker Führung, die auch den Herausforderungen moderner Irrlehren, dem Säkularismus oder Humanismus, gewachsen sei (epd, 13. 4. 70).

## Ökumenische Konsultationen der Religionen

Auf Initiative und unter Verantwortung des Ökumenischen Rates der Kirchen fand vom 15. bis 25. März 1970 in Ajaltoun bei Beirut eine Konsultation zwischen Hindus, Buddhisten, Christen und Muslimen statt. Zu den drei Hindus gehörte Dr. Sivaraman von der Benares Hindu Universität; unter den vier Buddhisten befanden sich zwei Mönche aus der Theravada-Tradition und der Zen-Gelehrte Prof. Masao Abe aus Kyoto; die Muslim waren Prof. Mukti Ali aus Indonesien, Hasan Askari, Soziologe der Osmania Universität in Hyderabad, und Prof. Hassan Saab von der Libanesischen Universität in Beirut. Zu bemerken ist, daß ein mit großem gegenseitigem Interesse erwarteter Vertreter der Al Azhar in Kairo keinen Paß bekommen konnte. Unter den

Christen waren Metropolit G. Khodr, griechisch-orthodoxer Erzbischof des Libanongebirges, P. Y. Moubarac, Maronit und Islam-Gelehrter, Prof. J. Lopez-Gay (Gregoriana, Rom), Bischof K. Cragg, (gegenwärtig in Kairo), St. Samartha (Genf), der die Konsultation vorbereitet hatte, und Prof. H. J. Margull (Hamburg), der sie leitete.

## Fortsetzung von Kandy

Die Konsultation war die Folge aus einer Reihe von Dialogen, die seit einigen Jahren von einigen mit dem Ökumenischen Rat in Verbindung stehenden Studienzentren in Asien gewagt und mit nicht unerheblichen Anfangsschwierigkeiten begonnen worden waren. Und sie war die Konsequenz aus dem sich in den letzten